

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats BL

Alois-Schießl-Platz 2 85435 Erding

Ansprechpartner/in: Claudia Kirmeyer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1340 Fax 08122/58-1109 claudia.kirmeyer@lraed.de

Erding, 19.05.2015

Δ7 ·

6. Sitzung des Kreisausschusses am 01.12.2014

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Eichinger, Gertrud

Els, Georg

Geisberger, Ferdinand i.V.v. Scharf Ulrike

Gotz, Maximilian

Lackner, Helmut

Mehringer, Rainer

Peis, Johann i.V.v. Dr. Bauer Thomas

Schmidt, Horst i.V.v. Dieckmann Ulla

Sterr, Josef

Stieglmeier, Helga

Treffler, Christina

Wiesmaier, Hans

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Fuchs-Weber Karin

Helfer Helmut

Alzner Claudia

Kirmeyer Claudia (Protokoll)

Centner Christina

Ferner nehmen teil:

Herr Vögele, Geschäftsführer der Fischer's Wohltätigkeitsstiftung zu TOP 1 bis 4

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende



Büro des Landrats BL

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

- Abschluss einer Vereinbarung zur Übernahme des kommunalen Betriebskostenanteils im Rahmen des digitalen BOS-Funks Vorlage: 2014/1659
- 2. Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH;

Bericht über die Geschäftstätigkeit 2013

Vorlage: 2014/1635

3. Fischer`s Seniorenzentrum Heimbetrieb Erding Feststellung und Entlastung für die Bilanz und Jahresrechnung 2012

Vorlage: 2014/1646

4. Fischer`s Seniorenzentrum Heimbetrieb Erding Feststellung und Entlastung für die Bilanz und Jahresrechnung 2013

Vorlage: 2014/1647

- 5. Haushaltsberatung 2015 Vorlage: 2014/1662
- 6. Bekanntgaben und Anfragen

I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses am 01.12.2014



Büro des Landrats BL

1. Digitalfunk

Abschluss einer Vereinbarung zur Übernahme des kommunalen Betriebskostenanteils im Rahmen des digitalen BOS-Funks Vorlage: 2014/1659

Der Vorsitzende erklärt, dass die Kommunalen Spitzenverbände und der Freistaat Bayern eine Übereinkunft getroffen haben, nach der sich die Kommunen mit 3 Mio. Euro jährlich an den Kosten für die Bereitstellung des Digitalfunknetzes beteiligen. Für den Landkreis Erding bedeutet dies eine Summe von etwa 31.000 Euro. Die Summe wird mit den zugewiesenen FAG-Leistungen verrechnet.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende verliest daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0036-20

Der Vereinbarung zur Übernahme des kommunalen Betriebskostenanteils im Rahmen des digitalen BOS-Funks wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Annahme mit 13: 0 Stimmen

2. Haushaltswesen

Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH;

Bericht über die Geschäftstätigkeit 2013

Vorlage: 2014/1635

Der Vorsitzende begrüßt den Geschäftsführer der Wohnungsbau und Grundstücksgesellschaft, Herrn Vögele, und bittet ihn um nähere Erläuterungen.

Herr Vögele berichtet, dass sich die Ergebnisse im Wesentlichen unverändert zum Jahr 2012 präsentieren. An der Wohnanlage Bajuwarenstraße wurde eine Fassadenrenovierung durchgeführt. Dazu wurde eine Ausgleichszahlung des Landkreises für das Geschäftsjahr 2013 eingebucht. Der Leerstand betrug zwischen 0,9 und 1,2 Prozent. Eine Sanierung der Wohnungen erfolgte jeweils nach dem Auszug der Mieter.

Kreisrätin Eichinger fragt nach den Rücklagen der Wohnungsbaugesellschaft.

Herr Vögele antwortet, dass zwar die Kosten für die Fassadenrenovierung beträchtlich zu Buche geschlagen sind. Dennoch verfügt die Wohnungsbaugesellschaft über ausreichend Liquidität.



Kreisrat Schmidt fragt, welche Projekte geplant sind.

Der Vorsitzende berichtet, dass vor kurzem eine Grundstücksveräußerung getätigt wurde. Zudem sind kleinere Baumaßnahmen geplant.

Büro des Landrats

Kreisrat Schmidt regt an, die Thematik innerhalb einer Bürgermeister-Dienstbesprechung zu behandeln.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende verliest daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0037-20

Dem Kreistag wird empfohlen, den Bericht über die Geschäftstätigkeit 2013 der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: Annahme mit 13:0 Stimmen

3. Haushaltswesen

Fischer`s Seniorenzentrum Heimbetrieb Erding Feststellung und Entlastung für die Bilanz und Jahresrechnung 2012

Vorlage: 2014/1646

Der Vorsitzende bittet Herrn Vögele um Ausführung.

Herr Vögele fasst die Abschlusszahlen für den Heimbetrieb des Fischer's Seniorenzentrums zusammen. Es ergibt sich insgesamt ein Jahresfehlbetrag von 76.374,51 Euro. Die Vermögensverwaltung ist dennoch ausgeglichen.

Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende verliest daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0038-20

Die Bilanz- und Jahresrechnung des Fischer's Seniorenzentrums Erding, Teilbereich Heimbetrieb, für das Jahr 2012 wird mit folgenden Abschlusszahlen festgestellt, ferner wird die Entlastung erteilt:

	Euro
<u>Bilanzsumme</u>	370.712,12

<u>Jahresfehlbetrag</u>	
(Vortrag auf neue Rechnung)	- 76.374,51

LANDKREIS ERDING

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**

Büro des Landrats BL

4. Haushaltswesen

Fischer's Seniorenzentrum Heimbetrieb Erding Feststellung und Entlastung für die Bilanz und Jahresrechnung 2013

Vorlage: 2014/1647

Herr Vögele erläutert auf Bitte des Vorsitzenden die Bilanz und Jahresrechnung 2013 für den Heimbetrieb. Es ergibt sich ein Fehlbetrag von 8214,78 Euro

Kreisrat Els verweist auf die gesunkenen Fehlbeträge in den Jahren 2012 und 2013 und fragt nach einem Ausblick für das Jahr 2014.

Herr Vögele antwortet, dass der Fehlbetrag im Jahr 2014 durch den Bau des neuen Heims eher steigen wird.

Der Vorsitzende fügt hinzu, dass der Landkreis für Fehlbeträge der Fischer's Stiftung nicht in Haftung genommen werden kann. Der Heimbetrieb wird zu einem großen Teil durch die Mieten finanziert.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende verliest daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0039-20

Die Bilanz- und Jahresrechnung des Fischer's Seniorenzentrums Erding, Teilbereich Heimbetrieb, für das Jahr 2013 wird mit folgenden Abschlusszahlen festgestellt, ferner wird die Entastung erteilt:

	Euro
Bilanzsumme	407.567,92
<u>Jahresfehlbetrag</u>	
(Vortrag auf neue Rechnung)	- 8.214,78

Abstimmungsergebnis: Annahme mit 13:0 Stimmen

5. Haushaltswesen Haushaltsberatung 2015 Vorlage: 2014/1662

LANDKREIS ERDING

Büro des Landrats

Der Vorsitzende berichtet, dass die Steigerung des Gesamthaushaltes gegenüber dem Jahr 2014 11.779.000 Euro beträgt. Die Umlagekraft je Einwohner hat sich gegenüber dem Vorjahr um 9,57 Prozent erhöht. Dies ist die fünfthöchste Umlagekraft je Einwohner in ganz Bayern. Die zu leistenden Bezirksumlage beträgt 27.534.677 Euro. Gegenüber dem Jahr 2014 sinkt sie damit um 173.628 Euro. Bei der Kalkulation der Schlüsselzuweisung wurde die höhere Umlagekraft bereits berücksichtigt. Die geplante Zuführung an den Vermögenshaushalt beträgt im Jahr 2015 6,7 Mio. Euro. Mehrausgaben ergeben sich unter anderem beim Bauunterhalt mit 673.000 Euro. Für den ÖPNV sind zusätzlich 335.000 Euro zu leisten. Die Verbandsumlage des Zweckverbands für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung steigt um 149.000 Euro. Die Krankenhausumlage schlägt mit zusätzlich 253.000 Euro zu Buche. Der Ansatz für den Fehlbetragsausgleich des Klinikums Erding beträgt für das Jahr 2015 insgesamt 2.050.000 Euro. Davon sind 550.000 für das Geschäftsjahr 2014 bestimmt. Die Personalkosten steigen im Jahr 2015 um 1.989.710 Euro. Davon sind allein 450.000 Euro für den Bereich Asyl bestimmt. Der Zuschussbedarf für die Sozialhilfe steigt um 386.000 Euro, für die Leistungsbeteiligung des Bundes beim SGB II sind zusätzlich 98.000 Euro zu leisten. Der Zuschussbedarf für die Jugendhilfe steigt um 1.306.000 Euro. Die Zuführung an den Vermögenshaushalt erhöht sich um 1.875.000 Euro. Minderausgaben ergeben sich unter anderem bei den Statikprüfungskosten in Höhe von 250.000 Euro. Die Zinszahlungen sinken um 198.200 Euro.

Mindereinnahmen ergeben sich bei den Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer um 300.000 Euro. Die Schlüsselzuweisungen sinken um 771.000 Euro, da sie im Vorjahr deutlich höher angesetzt waren als die tatsächlich zugewiesene Summe.

Im Vermögenshaushalt sind Planungskosten für das alte Landratsamt in Höhe von 100.000 Euro angesetzt. Es ist sinnvoll, die Räume langfristig für das Landratsamt zu nutzen. In den Räumen an der Bajuwarenstraße werden zwei Stockwerke nur von den Mitarbeitern des Landratsamtes genutzt. Die Nasszellen sind noch vorhanden. Möglicherweise kann das Gebäude zukünftig wieder für das Krankenhaus genutzt werden. Dort untergebracht sind momentan die Bereiche Veterinärwesen und Katastrophenschutz. Für den Katastrophenschutz sind 218.500 Euro eingeplant. Der Investitionskostenzuschuss für die Mädchenrealschule beträgt 100.000 Euro. Für das Anne-Frank-Gymnasium sind 210.000 Euro eingeplant. Für den Umbau des Gymnasiums Dorfen ist eine Summe von 1.370.000 Euro eingeplant. Für die Berufsschule Erding sind Kosten von 548.000 Euro eingeplant. Grundstückskäufe für 1.000.000 Euro sind eingeplant. Für den Straßenbau sind 2.064.000 Euro vorgesehen. Eine planmäßige Tilgung von Krediten in Höhe von 938.900 Euro ist veranschlagt. Bei den freiwilligen Leistungen sind Erhöhungen für den Kreisverein für Heimatschutz und Denkmalpflege mit einer Erhöhung von 11.000 auf 18.500 Euro eingeplant. Der BLSV-Zuschuss für Freizeiten wird von 7.500 auf 8.500 Euro erhöht. Im Vermögenshaushalt ist im Bereich Investitionszuschuss für Jugendräume in diesem Jahr kein Haushaltsansatz vorgesehen. Es liegt kein entsprechender Antrag vor.

Der Sportbeirat hat sich darauf geeinigt, Zuschüsse in Höhe von 76.146,95 Euro für investive Maßnahmen zu bewilligen.

Der Ausschuss für Bauen und Energie und der Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt haben einen einstimmigen Empfehlungsbeschluss gefasst. Änderungen haben sich im Bereich der Verschiebung der Maßnahme ED 12 - Brückensanierung Matzbach ergeben. Das Staatliche Bauamt hat sinnvollerweise eine komplette Neubaumaßnahme vorgeschlagen. Der Ansatz kann für das Jahr 2015 um 165.000 Euro reduziert werden. Für das Jahr 2016 müssen entsprechende Mehrkosten eingeplant werden. Für den Kreuzungsumbau ED 28 hat die Gemeinde Steinkirchen mitgeteilt, in Verbindung mit der Ertüchtigung der Gemeindeverbindungsstraße einen Umbau vorzusehen. Der Landkreis ist aufgrund der anteilsmäßigen Kostenübernahme dazu verpflichtet, Kosten in Höhe von 30.000 Euro einzuplanen. Der Haushalt wird damit um insgesamt 135.000 Euro reduziert. Der Ausschuss für Bildung und Kultur und der Jugendhilfeausschuss haben ebenfalls eine einstimmige Beschlusslage herbeigeführt. In beiden Ausschüssen wurde dem Antrag der CSU-Kreistagsfraktion auf grundsätzliche Weiterführung einer Bezuschussung an Schulen und auf Überarbeitung des bisherigen Landkreis-Konzepts zur Verteilung der Fördermittel zugestimmt und dem Kreistag wurde empfohlen, entsprechende Haushaltsmittel für 2015 einzuplanen. Seit dem Versand des Haushaltsentwurfes 2015 haben sich folgende, weitere Änderungen ergeben:

Die Einsparungsvorschläge beinhalten eine Entnahme aus der Rücklage um weitere 300.000 Euro. Die Rücklage ist in der Zwischenzeit sehr gering. Sie soll für entsprechende Haushaltsplanungen eingesetzt werden. Auch die Reduzierung des Bauunterhalts hat entsprechende Auswirkungen. Die Reduzierung der Mittel für den Ausgaberest der Gesundheitsakademie wurde auf 200.000 Euro festgesetzt. In diesem Jahr kann die Reduzierung vorgenommen werden, ohne dass es zu einer Bauverzögerung kommt. Es ergibt sich somit insgesamt eine Entlastung von 806.000 Euro.

Der Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt hat am 17.11.2014 weiter beschlossen, die Tourismusregion Erding in Form einer Premiummitgliedschaft in Höhe von 8.000 Euro pro Jahr zu unterstützen. Für die Netzwerkerweiterung des Korbinian-Aigner-Gymnasiums wurden nochmal 15.000 eingespart, weil diese bereits im Jahr 2014 durchgeführt werden soll. Die von der Berufsschule beantragte Beschaffung eines Hybridfahrzeuges in Höhe von 24.000 Euro wird nach Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden nicht angeschafft. Das Elektrofahrzeug wird der Berufsschule stundenweise zur Verfügung gestellt. Bei den Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer wird mit höheren Einnahmen von insgesamt 1.730.000 Euro gerechnet.

Nach Einarbeitung der Veränderungen beträgt das Gesamtvolumen im Verwaltungshaushalt 131.759.000 Euro, im Vermögenshaushalt 9.774.000 Euro. Die Kreisumlage zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes würde sich gegenüber dem versandten Entwurf von 48,71 Prozent auf 48,00 Prozent verringern. Absolut erhöht sich die Kreisumlage gegenüber dem Jahr 2014 trotzdem.



Büro des Landrats

Er bedankt sich für die guten Vorarbeiten und die konstruktiven Beratungen mit den Fraktionsvorsitzenden und bittet, dem Haushaltsentwurf zuzustimmen.



Kreisrätin Eichinger fragt, ob im Haushalt die von der SPD beantragte Koordinierungsstelle vorgesehen ist.

Büro des Landrats

Der Vorsitzende antwortet, dass bereits eine hauptamtliche Koordinierungsstelle Ehrenamt im Landratsamt angesiedelt ist. Auf die ehrenamtlichen Mitarbeiter kann kein Einfluss genommen werden. Zudem gibt es auf Einladung vom Bereich Soziales unter der Leitung von Frau Kaltenbach entsprechende Arbeitsbesprechungen. Die Fort- und Ausbildung der Helfer leistet das Katholische Bildungswerk. Die Sprachkurse finden in Absprache mit den Bürgermeistern über die VHS statt. Es stellt sich die Frage, was zusätzlich koordiniert werden sollte.

Kreisrätin Eichinger betont, dass im Bereich Asyl noch weitere ehrenamtliche Aufgaben gefragt sind. Auch eine Betreuung der ehrenamtlich Helfenden ist wichtig. Laien werden in dieser Situation mit Themen konfrontiert, die sie zunächst einmal verarbeiten müssen. Die Menschen sollen sich gerne ein Ehrenamt zutrauen, aber nicht hängen bleiben, wenn etwas nicht funktioniert. Die Koordinierungsstelle Ehrenamt ist in diesem Bereich bereits ausgelastet. Mehr Betreuung ist erforderlich.

Der Vorsitzende sagt, dass die Betroffenen zu den Besprechungsrunden eingeladen werden. Jede Gemeinde wird gebeten, die Adressen der Helfer zu nennen. Die bereits bekannten Unterstützerkreise wurden durch den Landkreis eingeladen. An der Berufsschule sind jedoch noch keine ehrenamtlichen Helfer aufgetreten. Es wurde extra ein Raum zur Verfügung gestellt. Die Situation wurde allen Organisationen geschildert und um entsprechende Betätigung gebeten. Die Resonanz ist mehr als gering. Ihm wurde bedeutet, dass eine solche Aufgabe nur hauptamtlich zu leisten ist. Die Unterkunft wird als Dependance der Regierung von Oberbayern betrieben. Es kann daher keine Kostenübernahmeerklärung abgegeben werden. Einzelne Einrichtungen wollen sich diesbezüglich an die Regierung wenden. Die Schulturnhalle soll auch baldmöglichst wieder der Berufsschule und der FOS/BOS zur Verfügung gestellt werden. Angeschrieben wurde der Malteser Hilfsdienst. Es erfolgte Unterstützung bei der Beschaffung Mobiliar, Kissen, Decken und umfassend bei der Zuweisung der ersten Tage. Die Arbeiterwohlfahrt unterstützte aus dem Kleiderladen und dem Angebot der Entsendung ehrenamtlicher Helfer als Zuweisungsunterstützung. Die Caritas sieht eine nicht vom Amt koordinierte Betreuung kritisch. Die Beratung im Gemeinschaftsraum muss koordiniert werden. Es reichen keine festen Sprechzeiten aus. Frau Gaab kann sich nicht vorstellen, dass die Arbeit von Ehrenamtlichen geleistet wird. Sie wird sich mit der Regierung von Oberbayern in Verbindung setzen weil die Betreuung von Hauptamtlichen geleistet werden muss. Die Unterstützung des BRK war im Vorfeld vielfältig und auch bei den Zuweisungen der ersten Tage. Von Brücke Erding und Mütterzentrum Erding sowie Sozialverband Deutschland e.V. und Vdk gab es keine Rückmeldung. Die Aktionsgruppe Asyl, die evangelisch-lutherische Kirche, das Jugendzentrum Erding und der Kreisjugendring, Mütterzentrum und Pax Christi gaben ebenfalls keine Rückmeldung. InVia sicherte zu, Ehrenamtliche auf den Bedarf in der Be-

rufsschulturnhalle hinzuweisen. Das BzbF Dorfen würde Sprachkurse anbieten, benötigt aber Fahrdienste weil keine Fahrgelegenheit vorhanden ist. Der Rotaryclub wollte direkt über Unterstützungsmöglichkeiten informiert werden. Der zuständige Ansprechpartner wurde mittlerweile kontak- LANDKREIS tiert.



Büro des Landrats

Kreisrätin Stieglmeier verweist auf den Posten "Enteignungen Flughafen" (S.16). Sie fragt, was in diesem Bereich konkret geplant ist. Ebenso möchte sie über den Posten Liegenschaftsverwaltung mit Telekommunikation sowie den Heizungskosten an der FOS/BOS und Berufsschule informiert werden. Es existiert zudem eine Haushaltsstelle mit 17.000 Euro für Bürobedarf. Für Gemeinschaftsveranstaltungen und den Betriebsausflug ergibt sich eine Steigerung von 10.000 Euro. Die Gesundheitsvorsorge für Mitarbeiter steigt um 24.800 Euro. Der Posten Kassen- und Organisationsprüfung verdoppelt sich ebenfalls.

Herr Helfer erklärt, dass nächstes Jahr eine Organisationsuntersuchung durch den Prüfungsverband durchgeführt wird. Es wird der Zeitraum der letzten sechs Jahre geprüft. Dafür werden Kosten anfallen. Bei der Gesundheitsvorsorge für die Mitarbeiter wurde die Kostenstelle geändert. Es handelt sich aber nicht um Personalkosten. Der Betrag ist im Vergleich zu den Vorjahren gleich geblieben. Die Kosten für die Gemeinschaftsveranstaltungen sind gestiegen weil die Weihnachtsfeier in den letzten Jahren nicht mehr im Großen Sitzungssaal durchgeführt werden konnte. Dies ist brandschutztechnisch nicht mehr zulässig. Durch die Saalmiete fallen höhere Kosten an. Der Haushaltsansatz wurde noch einmal angepasst, weil die Summe im letzten Jahr nicht ausgereicht hat. Im Bereich der Zulassungsstelle wird ein internetbasiertes Zulassungsverfahren eingeführt. Die Heizungskosten für die FOS/BOS entstehen durch die Raumnutzung in der Berufsschule. Dies muss natürlich entsprechend verrechnet werden, da der Mitträger der FOS/BOS, der Landkreis Ebersberg in die Finanzierung involviert ist.

Der Vorsitzende merkt an, dass die Kosten immer vom jeweiligen Winter abhängig sind. Die Zahlen basieren immer auf einer Schätzung. Für die Mitarbeiter sind neben der Weihnachtsfeier auch ein Sommerfest und der Betriebsausflug geplant. Für den Betriebsausflug wird auch eine entsprechende Eigenbeteiligung gefordert. Mittlerweile sind 580 Mitarbeiter am Landratsamt beschäftigt. Nicht einmal die Hälfte kann im Großen Sitzungssaal untergebracht werden. Das Bauamt und die Genehmigungsbehörde Stadt Erding würden für eine solche Veranstaltung keine Genehmigung erteilen. Es kann nicht sein, dass an der Weihnachtsfeier nur ein Drittel aller Mitarbeiter teilnehmen darf. Mit der Stadthalle bietet sich eine gute und unmittelbar gelegene Möglichkeit für die Feier. Sein Dank gilt dem Oberbürgermeister für die günstigen Konditionen bei der Bereitstellung der Räumlichkeiten.

Herr Helfer ergänzt, dass das Staatliche Bauamt für das kommende Jahr eine Dokumentation über die Zustandsbeschreibung der Straßen des Landkreises plant. Dazu gibt es eine bayernweite Ausschreibung. Dies führt zu einer Verbesserung der Planbarkeit, welche Straßenbaumaßnehmen in den kommenden Jahren durchgeführt werden sollen.

Der Vorsitzende sagt, dass über diese Thematik im Ausschuss separat beraten werden soll.

Herr Helfer erklärt zu den Enteignungen am Flughafen, dass es einen Zuschnitt in der Abteilung Bauen gegeben hat. Der Bereich wurde in einem eigenen Unterabschnitt zusammengefasst. In den nächsten Jahren soll ein Konzept für den Bereich Schwarzbau erstellt werden.



Büro des Landrats

Der Vorsitzende berichtet, dass für eine generelle Erfassung eine eigene Rechtsgrundlage nötig wäre. Im Rahmen einer Gesamtplanung für eine Gemeinde soll das städtebauliche Ziel in den Vordergrund rücken. Das Landratsamt ist für die Baukontrolle zuständig.

Kreisrat Peis betont die Wichtigkeit der Koordination der Asylthematik durch das Landratsamt. Die Helferkreise müssen sich an das Landratsamt wenden. Die VHS-Versammlung arbeitet weiter daran, Sprachkurse anzubieten. Die Abwicklung kann nur in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt geschehen. Weitere Kreise und Helferkoordination führen nicht zum gewünschten Erfolg.

Die Diskussion zum Haushalt in den Ausschüssen und den Fraktionsführerbesprechungen war sehr konstruktiv. Bei einem Haushalt dieser Dimension ist es sicherlich nicht möglich, alle Wünsche zu berücksichtigen. Viele Ideen werden dennoch umgesetzt. Natürlich müssen auch die einzelnen Kommunen ihre Haushalte aufstellen. Aufgrund der gestiegenen Umlagekraft kann die Kreisumlage gesenkt werden um den Bedürfnissen der Kommunen Rechnung zu tragen.

Kreisrat Gotz verweist auf den Vergleich mit anderen Landkreisen und Kommunen in Bezug auf die Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligung. Die Umsatzsteuerbeteiligung sollte dringend überprüft werden. Sie beträgt im Landkreis Erding etwa 4,1 Mio. Euro, im Landkreis Ebersberg 5 Mio. Euro, in Freising aber 9,2 Mio. Euro. Der Landkreis sollte darauf einen besonderen Fokus legen.

Er bittet zudem, die Mittel für die Installation einer barrierefreien Toilettenanlage am Bauernhofmuseum bereit zu stellen. Die steigende Besucherfrequenz ist erfreulich. Anlagen, wie etwa ein ausrangierter Wohnwagen sind nicht besonders ansehnlich.

Der Vorsitzende berichtet, dass eine entsprechende Beschlusslage im Jahr 2012 herbeigeführt wurde. Die Verwaltung hatte damals einen Neubau in der Größenordnung von 80.000 Euro eingeplant. Derzeit hat der Landkreis am Bauernhofmuseum eine behelfsmäßige Dixi-Toilette angemietet. Die Marktfrauen wurden gebeten, den Schlüssel zu verwalten. Bisher wurde aber nicht nachgefragt. Die Situation gestaltet sich optisch aber wenig einladend. Es besteht auch die Möglichkeit eines Universalschlosses, mit dem Rollstuhlfahrer die Toilette öffnen können. Es soll eine vernünftige Lösung geschaffen werden.

Im Bereich der Umsatzsteuer wird davon ausgegangen, dass die entsprechenden Zahlen vom Landesamt geliefert werden. Insgesamt belegt der Landkreis Erding im Bereich des Steueraufkommens eine gute Position.

Es ist kaum vorstellbar, dass der Landkreis in diesem Bereich deutlich schlechter als seine Nachbarn abschneidet.

Kreisrat Els sagt, dass der Haushalt sich insgesamt auf einem hohen Ni- LANDKREIS veau befindet. Er ist zustimmungsfähig. Die Botschaft ist jedoch, dass in den kommenden Jahren eine gewisse Haushaltsdisziplin einzuhalten ist. Die Verpflichtungen im kommenden Haushaltsjahr sind mittels sinnvoller Entscheidungen in den Ausschüssen einzuhalten. In den nächsten Monaten darf diese Prämisse nicht aus den Augen verloren werden.



Büro des Landrats

Der Vorsitzende antwortet, dass im Lauf eines Haushaltsjahres immer wieder Entscheidungen getroffen werden, die mit Kosten verbunden sind. Die Haushaltsdisziplin wird auch von Seiten der Verwaltung verfolgt, etwa bei der Einführung von ÖPNV-Linien. Der angemeldete Verbesserungsbedarf aus den Gemeinden soll natürlich eingeplant werden. Es muss aber auch klar sein, dass nicht mehr Geld zur Verfügung steht. Der ÖPNV-Zuschuss befindet sich zwischenzeitlich auf einem Rekordhoch von 2.5 Mio. Euro. Die Haushaltsansätze sollen im Hinblick auf die kommenden Jahre immer wieder überprüft werden. Im Bereich der Jugendhilfe als Pflichtaufgabe können keine größeren Änderungen herbeigeführt werden. Wo der staatliche Auftrag erfüllt wird, kann natürlich versucht werden, Einsparungen vorzunehmen. Im Bereich des ÖPNV gibt es große Unterschiede im Vergleich zu Landkreisen in der unmittelbaren Umgebung. Der gesamte ÖPNV im Landkreis Erding kostet etwa 5 Mio. Euro. Dabei handelt es sich um eine freiwillige Leistung des Landkreises.

Kreisrat Schmidt hält den Haushalt ebenfalls für zustimmungswürdig. Der Bereich des ÖPNV liegt im Gestaltungsspielraum des Landkreises. Der Kreistag hat dazu Zielvorstellungen formuliert. Die Ausweitung des ÖPNV ist demnach ein wichtiger Bestandteil der Verkehrspolitik im Landkreis Erding. Das Angebot kommt allen Landkreisbürgern zu Gute. Der ÖPNV sollte also nicht gedeckelt werden. Dabei sollte aber der finanzielle Rahmen beachtet werden. Es sollte auch darauf geachtet werden, nicht zu viele Themen immer weiter nach hinten zu schieben.

Der Vorsitzende betont, dass nicht die Verwaltung die politischen Entscheidungen trifft, jedoch einen Hinweis auf die Kostensituation geben kann. Einsparungen im aktuellen Jahr bedeuten für das kommende Jahr eine größere Summe.

Kreisrätin Stieglmeier merkt an, dass die Beschlüsse zum Thema ÖPNV bisher auch immer einzeln getroffen wurden. Es wurde stets das Signal gesetzt, dass der ÖPNV ausgebaut werden soll. Die Mahnung nach mehr Disziplin zieht die Frage nach sich, in welchen Bereichen in den letzten Jahren Geld verschwendet wurde. Ihrer Meinung nach wird sehr verantwortlich mit den Ausgaben umgegangen. Es gibt keinen Antrag aus keiner Fraktion, mit dem Geld verschwendet wurde. Sie hält eine derartige Ermahnung für unnötig.

Der Vorsitzende merkt an, dass bei Einführung neuer Linien im ÖPNV durchaus zeitweise Geld verschwendet wird. Wenn die Linien nach zwei Jahren wieder aufgegeben werden weil neben dem Busfahrer nur ein Fahrgast im Bus sitzt, ist das weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll.

Bei künftigen Entscheidungen muss genau überlegt werden, welche zusätzlichen Versuche durchgeführt werden und welche Maßnahmen aufgrund der Kostensituation keinen Erfolg versprechen. Wenn die Maßnahme nicht entsprechend angenommen wurde, ist der Bedarf auch nicht be- LANDKREIS gründet. Im kommenden Jahr finden Fahrgastzählungen statt. Es müssen dann wieder Entscheidungen getroffen werden.



Büro des Landrats

Kreisrätin Treffler sagt, dass das defizitäre Ergebnis des ÖPNV auch der zusätzlichen Taktung für die Ganztagesschule geschuldet war. Möglicherweise lohnt es sich, genau hinzusehen, wie die Defizite entstanden sind. Der ÖPNV muss für den Bürger attraktiv sein. Teilweise gibt es eine Zwei-Stunden-Taktung. Möglicherweise sind einige Taktungen noch zu unattraktiv.

Der Vorsitzende verweist auf die hohe Beteiligung der Gemeinden bei Fahrplanwünschen. Die Nutzer werden nach möglichem Verbesserungsbedarf gefragt. Wenn konkrete Vorschläge angeboten werden, werden diese unmittelbar geprüft. Die deutliche Ausweitung des Nachmittagsbetriebes kommt erst im folgenden Jahr mit der jetzigen Fahrplanumstellung. Bisher gab es einheitliche Rückfahrten um 13.00 Uhr und eine Rückfahrt um 16.00 Uhr für den Nachmittagsunterricht. Im kommenden Jahr wird erstmalig eine zusätzliche Rückfahrmöglichkeit um 15.00 Uhr angeboten. Die Kosten betragen mehrere Hunderttausend Euro. Die Attraktivität verbessert sich, das Beförderungsaufkommen wird aber nicht erheblich steigen und die Busse werden eher leerer. Bei derzeit sieben oder acht Fahrgästen verringert sich möglicherweise bei einer Aufteilung auf zwei Fahrten die Zahl auf unter sechs Fahrgäste und beide Fahrten werden möglicherweise gestrichen.

Kreisrat Sterr freut sich über die Steigerung von verschiedenen Positionen, die der Landkreis derzeit gut leisten kann. Die Situation des Landkreises war selten so gut wie jetzt. Es ist jedoch nicht abzusehen, ob es immer so bleiben wird. Daher ist es angebracht, bisweilen über die Ausgaben nachzudenken.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende verliest daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

KA/0040-20

Die in der vorliegenden Zusammenstellung aufgeführten "Freiwilligen Leistungen" werden – unter Berücksichtigung der vorgenommen Änderungen - entsprechend der im Haushaltsentwurf 2015 veranschlagten Höhe bewilliat.

Dem Kreistag wird empfohlen, unter Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen

- 1. das Investitionsprogramm durch Beschluss festzustellen,
- 2. den Finanzplan 2014 2018 zu genehmigen,
- 3. den Stellenplan 2015 zu genehmigen,
- 4. die Kreisumlage 2015 mit einem Umlagesatz von 48,0 % festzusetzen.

5. den Haushaltsplan 2015 und die Haushaltssatzung 2015 zu verabschieden.



Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**

Büro des Landrats BL

6. Bekanntgaben und Anfragen

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende die Sitzung des Kreisausschusses um 15:40 Uhr.

Vorsitzender Protokoll

Martin Bayerstorfer Claudia Kirmeyer

Landrat Verwaltungsangestellte